AZ: 90.0 ja-bi

Drucksache Nr.: 0553/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	07.12.2004	N	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	15.12.2004	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	21.12.2004	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Unterlehberg

Verhandlungsgegenstand:

Leistung von überplanmäßigen Ausgaben nach § 82 GO im Verwaltungshaushalt 2004

A n t r a g:

Der Leistung von überplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2004 bis zur Höhe von 415.000 Euro wird nach § 82 Abs. 1 Satz 4 GO zugestimmt.
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen und Minderausgaben.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehrausgaben: 415.000 Euro
Deckung durch:
Mehreinnahmen: 110.000 Euro
Minderausgaben: 305.000 Euro

Begründung:

Die Fachbereichsverwaltung (19) des Fachbereiches I und der Fachbereich III – Hilfe in besonderen Lebenslagen (42) – beantragen die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und begründen wie folgt:

1. Fachbereichsverwaltung -19-

Agrund der Kürzung im Rahmen des Eckwertebeschlusses 2003/2004 bei der Haushaltsstelle 3.00000.41400 „Vergütungen Angestellte“ um 50.000 Euro reichen die Personalkosten beim Unterabschnitt „Gemeindeorgane“ (UA 00000) nicht aus.

Im Fachdienst Haushalt und Finanzen (Unterabschnitt 03100) ergibt sich der Mehrbedarf durch die erfolgte Kürzung der Personalkosten im Rahmen des Eckwertebeschlusses um 35.000 Euro sowie durch 2 zusätzliche Mitarbeiter für das Projekt Kosten- und Leistungsrechnung; außerdem wurde im Laufe des Jahres 2003 eine Planstelle besetzt für die nicht ausreichend Mittel eingeplant worden sind. In der Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben (Unterabschnitt 03400) des Fachdienstes Haushalt und Finanzen ist der Mehrbedarf durch die Neuschaffung einer Planstelle im Stellenplan 2003/2004 sowie durch zusätzlichen Einsatz einer Teilzeitkraft zur Bearbeitung der Massenwidersprüche bei den Abwassergebühren (Schmutz- und Niederschlagwasser) begründet.

Es müssen daher überplanmäßige Mittel bereit gestellt werden:

3.00000.41400	Vergütungen Angestellte	60.000 Euro
3.03100.41400	Vergütungen Angestellte	125.000 Euro
3.03400.41000	Gehälter Beamte	<u>70.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>255.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.03200.261000	Vollstreckungs- und Verwaltungsgebühren	<u>60.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>60.000 Euro</u>
3.02250.41000	Gehälter Beamte	60.000 Euro
3.03200.41000	Gehälter Beamte	65.000 Euro
3.02250.41400	Vergütungen Angestellte	<u>70.000 Euro</u>
	Minderausgaben insgesamt:	<u>195.000 Euro</u>

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird jeweils nur eine Personalkostenhaushaltsstelle angesprochen und bewußt auf eine Aufspaltung der Beträge auf Beiträge zu Versorgungskassen pp. bei den Beamten bzw. Beiträge zur VBL und zur Sozialversicherung Angestellte verzichtet.. Der Ausgleich innerhalb der Personalkosten eines Unterabschnittes ist stets gewährleistet.

2. Hilfe in besonderen Lebenslagen -42-

- a) In der Eingliederungshilfe für Behinderte sind gemäß § 40 BSHG auch die Kosten der Beförderung für behinderte Kinder in Kindergärten und Schulen vom Träger der Sozialhilfe zu übernehmen. In diesem Bereich ist es zu erheblichen Kostensteigerungen gekommen. Desweiteren hat sich im Laufe des Haushaltsjahres die Anzahl der zu befördernden Kinder erheblich von (85 auf 120) erhöht. Aus diesem Grunde mussten 2 Fahrzeuge zusätzlich zur Beförderung eingesetzt werden. Dies und eine erhöhte Kilometerpauschale verursachten die Mehrkosten.

Es müssen daher überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden:

3.41200.73182	Eingliederungshilfe für Behinderte in Form von Hilfe zur angemessenen Schulbildung, außerhalb von Einrichtungen	<u>60.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>60.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.41020.24500	Leistungen von Sozialleistungsträgern § 48 SGB I, §§ 102 ff. SGB X	<u>20.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>20.000 Euro</u>
3.41020.73010	Laufende Leistungen (ohne HzA)	<u>40.000 Euro</u>
	Minderausgaben insgesamt:	<u>40.000 Euro</u>

- b) Pflegewohngeld als Zuschuss im vollstationären Bereich wird gemäß Landespflegegesetz zum Ausgleich des Investitionskostenbeitrages (Mieten, Pachten, Abschreibungen etc.) als Bestandteil des Gesamtheimentgeltes, das sich aus Pflegesatz, Leistungen für Unterkunft und Verpflegung und Investitionskostenbeitrag zusammensetzt, geleistet. Die Mittel für Pflegewohngeld sind jedoch insgesamt nicht auskömmlich, da der Investitionskostenbeitrag bei 2 Einrichtungen ab 01.01.04 erheblich gestiegen ist (von bisher 17,01 Euro bzw. 6,47 Euro pro Tag und Bewohner/in auf 19,57 Euro bzw. 15,35 Euro pro Tag und Bewohner/in).

Es müssen daher überplanmäßige Mittel bereitgestellt werden:

3.43200.71830	Zuschuss zur Förderung vollstationärer Pflege Pflegewohngeld	<u>100.000 Euro</u>
	Mehrbedarf insgesamt:	<u>100.000 Euro</u>

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben stehen folgende Mittel zur Verfügung:

3.41100.25101	Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz; Kostenersatz	<u>30.000 Euro</u>
	Mehreinnahmen insgesamt:	<u>30.000 Euro</u>
3.41100.74200	Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen, stationär	<u>70.000 Euro</u>
	Minderausgaben insgesamt:	<u>70.000 Euro</u>

Unterlehberg
Oberbürgermeister